



GRÜNE in der AK Tirol
Unabhängige Gewerkschafter_innen
Museumstraße 11/1, 6020 Innsbruck
Tel.: ++43-512-57 71 09
www.ak.tirol.gruene.at

Antrag an die 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol am 19. Oktober 2018

Die Arbeiterkammer Tirol verurteilt in aller Schärfe jeden Versuch, die journalistische Berichterstattung zu behindern und stellt sich auf die Seite aller kritischen Journalistinnen und Journalisten, die in ihrer täglichen Arbeit versuchen, die Wahrheit, wo immer sie verborgen werden soll, ans Licht zu holen. Die Arbeiterkammer verteidigt zudem unmissverständlich das Recht der Bürger auf Information und verurteilt jede Vermischung von journalistischer Berichterstattung und Propaganda.

Begründung:

Vor kurzem ist bekannt geworden, wie sich die aktuelle Regierung in Person des Innenministers, beziehungsweise seines Ressortsprechers Christoph Pözl, den Umgang mit der Presse vorstellt: *Leider wird wie eh und je seitens gewisser Medien (z.B., Standard, Falter) sowie neuerdings auch seitens des Kurier, eine sehr einseitige und negative Berichterstattung über das BMI bzw die Polizei betrieben...*

Ansonsten erlaube ich mir vorzuschlagen, die Kommunikation mit diesen Medien auf das nötigste (rechtlich vorgesehene) Maß zu beschränken und ihnen nicht noch Zuckerl, wie beispielsweise Exklusivbegleitungen zu ermöglichen, es sei denn, Ihr seht darin einen echten Mehrwert, bzw. die Möglichkeit einer neutralen oder sogar positiven Berichterstattung.“

Der Innenminister wünscht sich Propaganda. Wer die Medien zu einem Instrument der Beweihräucherung der Regierenden macht, schafft die vierte, der tragenden Säulen der Demokratie ab und bringt sie damit ins Wanken.

Mit der ungefragten Veröffentlichung der Korrespondenz mit "Falter"-Chefredakteur Florian Klenk legt das Innenministerium jetzt aber nicht nur ein Schäufelr nach, sondern verstößt laut Juristen auch gegen die EU-Datenschutzgrundverordnung. Die Verbreitung personenbezogener Daten ist nämlich nur mit der Einwilligung der betroffenen Personen erlaubt.

Diese ungefragte Veröffentlichung von E-Mails und SMS ist aber nicht nur ein möglicher Gesetzesverstoß, sondern vor allem ein weiterer massiver Versuch, Journalisten einzuschüchtern, die künftig damit rechnen müssen, dass ihre Anfragen von der Regierung ohne Rückfrage veröffentlicht werden. Dass das Innenministerium jetzt den Presserat prüfen lassen will, ob Klenks Vorgangsweise dem Ehrenkodex der österreichischen Presse entspricht, kann auch als Drohung verstanden werden, unliebsame Berichte oder sogar nur Anfragen prüfen zu lassen.